



Presseinformation

Nr. 26.125

27.04.2026

Deutsche Seehäfen stärken – Verantwortung gemeinsam wahrnehmen

Die Seehäfen in Deutschland sind von zentraler Bedeutung für Wirtschaft, Logistik, Energieversorgung und Sicherheit. Sie stehen jedoch vor großen Herausforderungen: Überalterte Infrastruktur trifft auf neue Anforderungen durch Klimaschutz, Digitalisierung und geopolitische Veränderungen. Der daraus resultierende Investitionsbedarf ist erheblich und kann nicht allein von den Küstenländern getragen werden.

Mit der Nationalen Hafenstrategie hat der Bund den Anspruch formuliert, die Zukunft der Häfen aktiv zu gestalten. Entscheidend ist dabei nicht nur die Höhe der Investitionen, sondern auch deren zielgerichteter Einsatz. Statt einen teuren und kaum nützlichen Wettbewerb zwischen den einzelnen Hafenstandorten zu befeuern, braucht es eine stärkere Koordinierung, klare Aufgabenprofile für einzelne Häfen und eine abgestimmte Gesamtstrategie – und das eben auch im größeren europäischen Zusammenhang.

Neben der Modernisierung der Hafeninfrastruktur müssen auch Hinterlandanbindungen, Digitalisierung und Fachkräfteentwicklung gestärkt werden. Gleichzeitig spielen die Häfen eine Schlüsselrolle für die Energiewende und die Versorgungssicherheit. Sie sind unverzichtbar für den Import und die Verteilung klimaneutraler Energieträger sowie die Dekarbonisierung von Schifffahrt und Logistik.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, sind erhebliche zusätzliche Investitionen erforderlich. Außer Milliardenbeträgen aus dem Sondervermögen braucht es nach Ansicht von uns Grünen auch Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds oder dem Einzelplan 14 (Verteidigung). Ziel muss es außerdem sein, eine dauerhafte und verlässliche Beteiligung des Bundes sicherzustellen. Nur mit einer klaren strategischen Ausrichtung und ausreichender Finanzierung können die deutschen Seehäfen auch künftig ihre zentrale Rolle für Wirtschaft, Klimaschutz und Sicherheit erfüllen. Das betonen die Sprecher*innen der Grünen-Fraktionen für Häfen und maritime Wirtschaft in einem [gemeinsamen Positionspapier zur Nationalen Maritimen Konferenz 2026 in Emden](#).

Dazu sagen die Sprecher*innen für maritime Wirtschaft der Grünen-Fraktionen aus Bundestag, den Landtagen der norddeutschen Bundesländer sowie der Hamburgischen und der Bremischen Bürgerschaft:

Nelly Waldeck, hafenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein:

„Die Zukunft unserer Häfen hängt von enger Zusammenarbeit und gezielten Investitionen ab. Durch Kooperation zwischen den Standorten lassen sich Ressourcen bündeln und die Effizienz steigern. Für moderne Technologien, Klimaschutz und Digitalisierung brauchen wir jedoch deutlich mehr finanzielle Mittel. Hier ist der Bund in der Pflicht. Die seit Jahren stagnierende Summe der Gelder muss endlich kontinuierlich erhöht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Häfen zu sichern.“

Stephan Christ, Sprecher für maritime Wirtschaft der Grünen-Fraktion im Niedersächsischen Landtag:

„Von der Nationalen Maritimen Konferenz 2026 muss das Signal ausgehen, dass die Verantwortung für die deutschen Seehäfen eine gesamtdeutsche ist. Alle profitieren von ihnen, also muss auch die Verantwortung gemeinsam übernommen werden. Nur so tragen sie zu wirtschaftlicher Stabilität, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und strategischer Handlungsfähigkeit bei.“

Claudia Müller, MdB, Berichterstatteerin für maritime Wirtschaft der Grünen-Bundestagsfraktion:

„Trotz großer Versprechen im Koalitionsvertrag handelt die Bundesregierung, als ginge sie Hafenspolitik nichts an. Anfang April schob sie auf Fragen der Grünen zur Hafenspolitik alle Verantwortung den Bundesländern zu. Es klang, als würde der maritime Koordinator, Christoph Ploß, vor seinem Telefon im Ministerium sitzen und sich wundern, dass ihn noch niemand aus den Ländern angerufen hat. Das ist keine Hafenspolitik, das ist Arbeitsverweigerung.“

In Bezug auf Mecklenburg-Vorpommern erklärt **Claudia Müller**, Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für die dortige Landtagswahl:

„In Mecklenburg-Vorpommern müssen dringend Importinfrastrukturen für erneuerbaren Wasserstoff und Wasserstoffträger ausgebaut werden – im Interesse des Gelingens der Energiewende in ganz Deutschland. Der Bund muss sich hier finanziell verlässlich und planungssicher engagieren.“

Eva Botzenhart, wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

„Wir müssen die Hafenspolitik stärker als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern begreifen und brauchen eine verlässliche, langfristige Investitionsstrategie. Eine koordinierte und zukunftsgerichtete Hafenspolitik bedeutet für Hamburg vor allem, dass wir den Logistikstandort stärken und unseren Hafen optimal aufstellen für neue Herausforderungen. Eine moderne Hinterlandanbindung ist dafür ebenso unerlässlich wie der Aufbau eines Energiehafens, der eine zentrale Rolle beim Import und bei der Versorgung des Landes mit klimaneutraler Energie spielt.“

Emanuel Herold, Vorsitzender der Bremischen Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und hafenspolitischer Sprecher:

„Die aktuelle fossile Energiepreiskrise macht deutlich, dass die rückwärtsgewandte Energiepolitik der Bundesregierung Wohlstand und Sicherheit unseres Landes fahrlässig gefährdet. Das Zurückrudern bei den Klimazielen und bei den Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien schadet auch den Hafenstandorten, denn es verunsichert Unternehmen und Investoren. Dabei ist die Energiewende ein Jobmotor! Insbesondere der Offshore-Wind-Ausbau bietet riesiges Potenzial für Wertschöpfung in ganz Deutschland – unter der Voraussetzung, dass endlich die erforderlichen

Infrastrukturen für Produktion, Umschlag und Recycling von Anlagenkomponenten geschaffen werden. Die Bundesregierung muss sich jetzt klar für die gesetzlich festgelegten Klimaziele engagieren, und das bedeutet strategische Investitionen in die Häfen und damit die Resilienz unseres Landes.“

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de